

WEITERES INDIZ FÜR MORD AN JALLOH

Spuren schwerer Misshandlung

Feuertod von Oury Jalloh: Neues Gutachten belegt schwere Verletzungen. Hinterbliebene anderer Opfer von Polizeigewalt berichten: Es ist immer dasselbe Muster

Von Susan Bonath

29.10.19



Hendrik Schmidt/dpa-Zentralbild/dpa

Wurde Oury Jalloh vor seinem Feuertod in einer Dessauer Polizeizelle von Polizisten schwer misshandelt? Darauf deutet ein neues rechtsmedizinisches Gutachten der Universitätsklinik Frankfurt am Main hin. Demnach wies die Leiche des 2005 verbrannten Flüchtlings schwere Verletzungen auf. Bekannt waren bisher ein Nasenbeinbruch, Einbrüche der Siebbeinplatte und gebrochene Handgelenke. Die Staatsanwaltschaft hatte dies ignoriert, weil postmortale Verletzungen nicht vollständig ausgeschlossen wurden. Bei der neuen Bewertung von damaligen Röntgenaufnahmen fand der Mediziner Boris Bodelle nun außerdem einen Bruch des vorderen Schädeldachs sowie einer Rippe. Es sei »davon auszugehen, dass die Veränderungen vor Todeseintritt entstanden sind«, konstatierte er darin.

Das Gutachten ist ein erstes Ergebnis einer internationalen Untersuchungskommission, die die Initiative in Gedenken an Oury Jalloh 2018 ins Leben gerufen hatte. In ihrem Auftrag stellte es die Soziologin Vanessa Eileen Thompson am Montag in Berlin vor. Das Gutachten sei, sagte sie, ein weiteres Indiz für ein Gesamtbild, das die offizielle These vom Selbstmord ausschließe. Dazu

gehöre ferner, dass Oury Jalloh wenig Adrenalin und kein Kohlenmonoxid im Blut hatte, die Gewissheit, dass Brandbeschleuniger im Spiel waren und ein offensichtlich manipuliertes Feuerzeug, das mangels Spuren nie in der Zelle war. Hinzu kämen rechtsmedizinische Expertisen, wonach Jalloh beim Brandausbruch bewusstlos war. Das Gutachten liefere zudem ein weiteres Motiv, so Thompson. Mit der Abweisung des Antrags auf Klageerzwingung des Bruders des Getöteten, Mamadou Saliou Diallo, habe das Oberlandesgericht (OLG) Sachsen-Anhalt vorige Woche erneut die Integrität der Wissenschaftler in Frage gestellt und ihre Ergebnisse ignoriert, rügte sie.

»Die Absurditäten werden immer immer weiter behauptet«, sagte Diallos Rechtsanwältin Gabriele Heinecke gegenüber junge Welt. Das OLG habe »Argumente gebracht, die seit Jahren widerlegt sind – nicht nur durch uns, sondern durch die Ermittlungsakten«. Man denke über eine Verfassungsbeschwerde in Karlsruhe nach, um dann vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte ziehen zu können, sagte sie. Jallohs Bruder, der aus Guinea angereist war, erklärte: »Wir wissen doch alles, was wollen die denn noch für Beweise.«

Absurd, so Heinecke, sei etwa die Begründung des OLG in seinem Ablehnungsbeschluss, »dass zwei damals diensthabende Polizisten zu erschüttert gewesen sein sollen nach der Tat, um als Täter in Frage zu kommen«. An anderer Stelle behaupte es zum Beispiel einfach, dass institutioneller Rassismus, wenn es ihn gebe, hier eben nicht in Frage komme. »Die liefern gar nichts, keine einzige Begründung für irgendwas, aber von uns, der Nebenklage, verlangen sie, dass wir ihnen jeden einzelnen Beweis in diesem komplexen Fall von vorne bis hinten wieder und wieder bis ins kleinste Detail haarklein darlegen, und das in kürzester Zeit«, sagte die Anwältin. Dazu aber habe sie gar nicht die Mittel und den entsprechenden Apparat.

Auf der Pressekonferenz kamen darüber hinaus Betroffene aus Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Italien und Österreich zu Wort, die Angehörige durch Polizeigewalt verloren hatten. Marcia Rigg aus Großbritannien, deren Bruder 2008 zu Tode kam, sprach von einem globalen Problem der Diskriminierung unterprivilegierter Gruppen, zu denen vor allem Migranten und Geflüchtete gehörten. »Es sind materiell arme Menschen betroffen, die sich keinen Anwalt, keine Rechtshilfe leisten können, keine psychologische Hilfe bekommen«, berichtete Germaine Phillip, deren Sohn Adrian McDonald ebenfalls durch Polizeihand umgekommen war. Awa Gueye aus Frankreich bestätigte: »So ging es meiner Familie, als sie meinen Bruder 2015 mit fünf Schüssen getötet haben.« Man müsse sich daher verbünden, zivile Initiativen gründen – überall, mahnte auch Hatice Sahin-Ilter. Ihr psychisch kranker Bruder war 2002 in Wien von Polizisten erschossen worden, weil er nicht auf Anrufe reagiert hatte. Erfahren habe sie es durch eine Zeitung, die ein Bild des Toten abgedruckt hatte. Die Beamten wurden freigesprochen. »Es ist immer dasselbe Muster«, sagte sie. Die anderen nickten.